

Tarifbedingungen

des Wege-Zweckverbandes der Gemeinden des Kreises Segeberg über die Erhebung von Entgelten für die zentrale Abwasserbeseitigung sowie die Gebietskläranlage „Weitewelt“ in der Gemeinde Seedorf (TB ABAbw WZV – Seedorf)

Inhaltsübersicht

Allgemeines

II. Benutzungsentgelte

1. Grundsatz
2. Entgeltmaßstab und Entgeltsatz
3. Entgeltpflichtige
4. Entstehung und Beendigung der Entgeltpflicht
5. Erhebungszeitraum
6. Veranlagung und Fälligkeit
7. Mahn- und Vollstreckungsverfahren

III. Abschnitt **Schlussbestimmungen**

8. Bekanntmachungen
9. Haftung, Unmöglichkeit, Ruhen der Leistungs- und Entgeltpflicht
10. Teilunwirksamkeit
11. Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht
12. Datenverarbeitung
13. Leistungsort und Gerichtsstand
14. Inkrafttreten

6.7.3 Tarifbedingungen Abwasserbeseitigung und Gebietskläranlage Gemeinde Seedorf (TB ABAbw) gültig ab 01.01.2012

I. Allgemeines

1. Der WZV betreibt die Abwasserbeseitigung im Gemeindegebiet Seedorf nach Maßgabe seiner Satzung über die Beseitigung von Abwasser im Gebiet der Gemeinde Seedorf vom 27.06.2007 (Allgemeine Abwasserbeseitigungssatzung Seedorf -AAS Seedorf-) als jeweils eine öffentliche Einrichtung zur zentralen
 - a) Schmutzwasserbeseitigung
 - b) NiederschlagswasserbeseitigungDie Gebietskläranlage „Weitewelt“ in der Gemeinde Seedorf ist Bestandteil der öffentlichen Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung.
2. Wer Leistungen des WZV aufgrund dieser Satzung tatsächlich in Anspruch nimmt oder zur Inanspruchnahme verpflichtet ist (Benutzerinnen/Benutzer der öffentlichen Einrichtung, Anschluss- und Benutzungspflichtige sowie Entgelt-/Zahlungspflichtige), wird im Folgenden „Kundin/Kunde“ genannt, soweit nicht im Einzelfall ausdrücklich nach dem Rechtsverhältnis differenziert wird.
3. Der WZV erhebt aufgrund der Ermächtigung aus dieser Satzung (§ 1 Abs. 4 bzw. nach der jeweils geltenden Fassung) nach Maßgabe der nachstehenden Tarifbedingungen auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen mit seinen Kunden privatrechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme dieser zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen.
4. Der WZV schließt hierzu mit den anschluss- und benutzungspflichtigen Kundinnen/ Kunden (§ 10 AAS Seedorf) einen privaten Abwasserentsorgungsvertrag ab. Diese Kundinnen/ Kunden sind verpflichtet, ein solches Vertragsangebot anzunehmen (Abschluss- oder Kontrahierungszwang), soweit eine Befreiung nicht erteilt wurde. Ein Vertrag kommt in diesem Fall durch die Annahme des Angebotes zustande, ohne dass eine Annahme dem WZV gegenüber erklärt zu werden braucht (§ 151 BGB). Für diese Verträge gelten die nachfolgenden allgemeinen Bedingungen. Gegenbestätigungen der/des Kundin/Kunden unter Hinweis auf ihre/ seine Geschäftsbedingungen wird hiermit widersprochen.

II. Benutzungsentgelte

1. Grundsatz

Für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage und für die nach § 9 Abwasserabgabengesetz zu entrichtende Abwasserabgabe werden Benutzungsentgelte für die Grundstücke erhoben, die an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen nach I. 1 angeschlossen sind oder in diese entwässern. Die Entgelte gliedern sich in Grund- und Zusatzentgelte. Grundentgelte werden für das Vorhalten der jederzeitigen Leistungsbereitschaft für die Grundstücke, die an die öffentlichen zentralen Abwasseranlagen angeschlossen sind, Zusatzentgelte werden für die Grundstücke, die in die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen einleiten, erhoben. Die Entgelte werden für die Schmutzwasserbeseitigung erhoben.

2. Entgeltmaßstab und Entgeltsatz

1. Das Grundentgelt beträgt **6,00 EUR** je Monat für jedes an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossene Grundstück.
2. Das Zusatzentgelt für die Schmutzwasserbeseitigung wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für das Zusatz-

entgelt ist 1 m³ Abwasser. Dies gilt nicht für die Grundstücke, die an die Gebietskläranlage „Weitewelt“ angeschlossen sind.

3. Als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt gelten:
 - a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
 - c) die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.

4. Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Abwassermenge vom WZV unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des Vorjahres unter Berücksichtigung der Angaben der/des Kundin/Kunden geschätzt.

5. Sind auf dem an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen Grundstück kein Wasserzähler und keine sonstige Messeinrichtung vorhanden, wird das Zusatzentgelt nach Zahl der an die Abwasseranlage angeschlossenen Einwohnerwerte (EW) berechnet. Einwohnerwerte im Sinne dieser Satzung ist eine Berechnungseinheit, die auf die Jahresabwassermenge eines Einwohners bezogen ist. Für die Berechnung des Zusatzentgelts werden folgende Einwohnerwerte zugrunde gelegt:

a) Für jede mit Haupt- oder Nebenwohnung gemeldete Person	=	1	EW
b) bei Gaststätten je Sitzplatz	=	0,3	EW
c) bei Vereins-, Boots- und Clubräumen je Benutzer	=	0,1	EW
d) bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben je Betriebsangehörigen	=	0,3	EW
e) bei Versammlungsstätten und Sportstätten ohne Gaststättenbetrieb je Besucherzahl	=	0,03	EW

Der so ermittelte Einwohnerwert wird auf volle Einwohnerwerte abgerundet. Mindestens wird jedoch 1 Einwohnerwert festgesetzt. Stichtag für die Errechnung der EW ist jeweils der 1. Dezember des vergangenen Jahres. Wechselt die/der Kundin/Kunde oder entsteht die Zahlungspflicht im Laufe des Erhebungszeitraums, so ist der Stichtag für die Errechnung der EW der Tag des Beginns der Zahlungspflicht. Bei der Berechnung der Jahresabwassermenge eines EW wird von einem Tagesverbrauch von 140 Litern, mithin 50 m³ im Jahr, ausgegangen. Um die Jahresabwassermenge zu errechnen, werden die ermittelten Einwohnerwerte mit dem Jahresverbrauch von 50 m³ multipliziert.

6. Die Wassermenge nach Abs. 3 Buchstabe b) hat die/der Kundin/Kunde dem WZV für den abgelaufenen Erhebungszeitraum innerhalb der folgenden zwei Monate anzuzeigen. Sie sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die die/der Kundin/Kunde auf seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn der WZV auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann er als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Er ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.

7. Das Zusatzentgelt beträgt je m³ Abwasser 2,38 EUR
für die an die Gebietskläranlage Weitewelt
angeschlossenen Grundstücke je EW jährlich 72,00 EUR

6.7.3 Tarifbedingungen Abwasserbeseitigung und Gebietskläranlage Gemeinde Seedorf (TB ABAbw) gültig ab 01.01.2012

- Bei Berechnung des Zusatzentgelts nach der Abwassermenge werden Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt sind, auf Antrag abgesetzt, soweit sie im Kalenderjahr 10 m³ übersteigen. Der Antrag ist nach Ablauf des Erhebungszeitraumes innerhalb von zwei Monaten beim WZV einzureichen. Für den Nachweis gilt Abs. 6 Sätze 2 bis 4 sinngemäß. Der WZV kann dazu nach Anhörung der/des Kundin/Kunden auf dessen Kosten Gutachten anfordern. Zuviel erhobene Entgelte werden verrechnet, soweit noch fällige gleichartige Forderungen gegenüber der/dem Kundin/Kunde bestehen, sonst werden sie erstattet.

3. Entgeltpflichtige

- Entgeltpflichtige Kundinnen/Kunden sind grundsätzlich die Eigentümerinnen/Eigentümer der Grundstücke, bei Wohnungs- oder Teileigentum die Wohnungs- oder Teileigentümer. Ist ein Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers entgeltpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Entgelte für die Abwasserbeseitigung. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.
- Beim Wechsel der/des entgeltpflichtigen Kundin/Kunden geht die Zahlungspflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendervierteljahres auf die/den neuen entgeltpflichtigen Kundin/Kunden über. Wenn die/der bisherige Kundin/Kunde die Mitteilung über den Wechsel (§ 8) versäumt, so haftet er neben der/dem neuen Kundin/Kunde für die Entgelte, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim WZV entfallen.

4. Entstehung und Beendigung der Entgeltspflicht

Die Entgeltspflicht entsteht mit Beginn des Monats, in dem das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen wird und/oder der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird. Einem Anschluss an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage steht ein Anschluss an die Gebietskläranlage Weitewelt gleich. Die Entgeltspflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Zuführung von Abwasser endet.

5. Erhebungszeitraum

- Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- Soweit das Entgelt nach den durch Wasserzähler ermittelten Wassermengen erhoben wird (§ 3 Abs. 3 Buchstabe a), gilt als Berechnungsgrundlage für den Erhebungszeitraum der Wasserverbrauch der Ableseperiode, die jeweils dem Erhebungszeitraum vorausgeht.

6. Veranlagung und Fälligkeit

- Die Benutzungsentgelte werden den Kunden für das ganze Jahr aufgrund des Vorjahresverbrauchs in Rechnung gestellt. Der WZV ist berechtigt, andere Abrechnungszeiträume festzusetzen und auf die Entgeltabrechnung Abschlagszahlungen zu verlangen.
- Das Benutzungsentgelt wird durch Jahresrechnung erhoben und ist in Vierteljahresbeträgen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Die durch bisherige Jah-

resrechnung erhobenen Vierteljahresbeträge sind innerhalb des jeweils folgenden Jahres zu den angegebenen Zeitpunkten solange zu zahlen, wie eine neue Rechnung noch nicht erteilt worden ist. Die Entgelte können mit anderen Abgaben angefordert werden.

3. Die Fälligkeit der Benutzungsentgelte wird
 - bei der Neuveranlagung für verstrichene Fälligkeitszeitpunkte nach Nr. 2
 - nach Beendigung der Entgeltspflicht
 - bei der Abrechnung aufgrund von Schätzungen gesondert durch Rechnung bestimmt.
4. Einwendungen gegen die Rechnung sind innerhalb von zwei Monaten nach Rechnungszugang zu erheben. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Rechnung als anerkannt.
5. Der WZV kann im Einzelfall auf sämtliche Entgelte für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage nach Wahl Vorauszahlungen, Abschläge oder sonstige Sicherheit bis zur Höhe des voraussichtlichen Jahresentgelts verlangen.

7. Mahn- und Vollstreckungsverfahren

1. Zahlt die Kundin/der Kunde das geschuldete Benutzungsentgelt nicht bis spätestens zur Fälligkeit, so kommt sie/er in Verzug, ohne dass es einer besonderen Mahnung bedarf.
2. Als Folge des Schuldnerverzugs hat der WZV neben dem weiter bestehenden Erfüllungsanspruch einen Anspruch auf Ersatz des durch den Verzug entstandenen Verzugsschadens. Zum Ausgleich des Verzugsschadens wird die Geldschuld während des Verzugs für das Jahr mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB verzinst.
3. Wenn nach einer erteilten Einzugsermächtigung oder Überlassung eines Schecks eine für den WZV kostenpflichtige Rücklastschrift wegen einer fehlenden Kontodeckung oder aus einem anderen vom Kunden zu vertretenden Grund erfolgt, wird für die Bearbeitung ein Entgelt erhoben in Höhe von 10,00 EUR zuzüglich der Auslagen des jeweiligen Kreditinstituts.
4. Darüber hinaus werden Mahnkosten für fällige Entgelte in entsprechender Anwendung der §§ 11 ff. der Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung - VVKO -) für Gebühren im Vollstreckungsverfahren erhoben.
5. Bei Schuldnerverzug nach Absatz 1 werden Forderungen grundsätzlich wie öffentlich-rechtliche Geldforderungen begetrieben, § 14 des Kommunalabgabengesetzes für Schleswig-Holstein (KAG S.-H.) in Verbindung mit §§ 262 ff. des Landesverwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein (LVwG) , im übrigen nach den einschlägigen Vorschriften der Zivilprozessordnung vom 12.09.1950, jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

8. Bekanntmachungen

Diese Tarifbedingungen und etwaige Nachträge hierzu werden in gleicher Weise wie die Satzung des WZV über die Beseitigung von Abwasser im Gebiet der Gemeinde Seedorf (Allgemeine Ab-

6.7.3 Tarifbedingungen Abwasserbeseitigung und Gebietskläranlage Gemeinde Seedorf (TB ABAbw) gültig ab 01.01.2012

wasserbeseitigungssatzung Seedorf), im übrigen nach Maßgabe der Hauptsatzung des WZV in der jeweils geltenden Fassung öffentlich bekannt gemacht.

9. Haftung, Unmöglichkeit, Ruhen der Leistungs- und Entgeltspflicht

Kann die Kundin/der Kunde die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung durch einen vom WZV oder seinen Erfüllungsgehilfen nicht zu vertretenden Umstand (z. B. höhere Gewalt, Betriebsstörungen, Streik) zeitweilig nicht benutzen, so sind Schadensersatzansprüche ausgeschlossen. Für die Dauer derartiger Umstände ruht beiderseits die Leistungs- und Entgeltspflicht.

10. Teilunwirksamkeit

Sollten einzelne Punkte dieser Tarifbedingungen als Bestandteil des privatrechtlichen Vertrags über die Abwasserbeseitigung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so berührt dieses nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Die unwirksame Bestimmung ist grundsätzlich durch Regelungen des geltenden Rechts zu ersetzen. Liegen gesetzliche Regelungen nicht vor, so wird die unwirksame Bestimmung in der Weise ersetzt, dass der wirtschaftlich gewollte Zweck in rechtlich zulässiger Weise erreicht wird. Gleiches gilt, wenn während der Laufzeit des Vertrages eine ausfüllungsbedürftige Regelungslücke entstehen sollte.

11. Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

1. Alle Kundinnen/Kunden haben dem WZV jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Entgelte nach dieser Satzung erforderlich sind. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem WZV sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Entgelte beeinflussen (z.B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat die/der Kundin/Kunde dies unverzüglich dem WZV schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.
2. Der Auskunfts- oder Anzeigepflicht nach Abs. 1 wird auch genügt, wenn die zu erstattende Anzeige an die für die Gemeinde Seedorf zuständige Amtsverwaltung (Amt Trave-Land) gerichtet wird.
3. Beauftragte des WZV dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Entgelterhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Kundinnen/Kunden haben dies zu ermöglichen.

12. Datenverarbeitung

1. Zur Ermittlung der entgeltspflichtigen Kundinnen/Kunden und zur Festsetzung der Entgelte, die aufgrund der Allgemeinen Abwasserbeseitigungssatzung Seedorf nach diesen Tarifbedingungen erhoben werden, ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErIG der Gemeinde Seedorf oder dem WZV bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch den WZV zulässig. Der WZV darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Entgelterhebung nach diesen Bedingungen weiterverarbeiten.

2. Der WZV ist berechtigt, sich von der Gemeinde Seedorf oder, soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch Dritte erfolgt, die zur Feststellung der entgeltpflichtigen Kundinnen/Kunden und zur Festsetzung der Entgelte nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten von der Gemeinde oder diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Entgelterhebung nach diesen Tarifbedingungen weiterzuverarbeiten.
3. Der WZV ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Kundinnen/Kunden und von nach den Absätzen 1 und 2 anfallenden Daten ein Verzeichnis der entgeltpflichtigen Kundinnen/Kunden mit den für die Entgelterhebung nach diesen Bedingungen erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Entgelterhebung nach diesen Bedingungen zu verwenden und weiterzuverarbeiten.
4. Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, soweit der WZV sich aufgrund gesonderter öffentlich-rechtlicher Vereinbarung zur Ermittlung der entgeltpflichtigen Kundinnen/Kunden und zur Festsetzung der Entgelte der für die Gemeinde Seedorf zuständigen Amtsverwaltung bedient.

13. Leistungsort und Gerichtsstand

Als Erfüllungsort für alle nach diesen Tarifbedingungen vom Kunden zu erbringende Leistung wird der Sitz des WZV in Bad Segeberg vereinbart. Der Gerichtsstand ist Bad Segeberg.

14. Inkrafttreten

Diese Tarifbedingungen treten nach Beschluss der Verbandsversammlung des WZV vom 26.06.2007 am 01.01.2008 in Kraft.

Bad Segeberg, 26.06.2007

Wege-Zweckverband
Der Vorstandsvorsteher